Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1922)

Artikel: Bericht des Regierungspräsidiums

Autor: Burren / Volmar / Lohner

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-416968

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bericht

über die

Staatsverwaltung des Kantons Bern

für

das Jahr 1922.

Bericht des Regierungspräsidiums.

Regierungspräsident:	Vom 1. Januar bis 31. Mai:	Regierungsrat **Burren.**
	Vom 1. Juni bis 31. Dez.:	Regierungsrat Dr. **Volmar.**
Vizepräsident des Regierungsrates:	Vom 1. Januar bis 31. Mai:	Regierungsrat Dr. **Volmar.**
	Vom 1. Juni bis 31. Dez.:	Regierungsrat **Lohner.**

Volksabstimmungen.

Im Berichtsjahre fanden drei kantonale und drei eidgenössische Volksabstimmungen statt.

A. Kantonale Volksabstimmungen.

1. Am 14. Mai 1923 stimmte das Berner Volk ab über folgende Vorlagen: das Gesetz über die Viehversicherung, das Gesetz über Handel und Gewerbe und das Gesetz betreffend die Vereinfachung der Bezirksverwaltung. Die erste Vorlage wurde mit 76,627 gegen 40,731 Stimmen angenommen, die zweite mit 67,079 gegen 51,439 Stimmen verworfen und die dritte mit 60,217 gegen 54,039 Stimmen ebenfalls verworfen. — Die Zahl der am 14. Mai 1922 stimmberechtigten Bürger betrug 174,278; es nahmen insgesamt 124,180 Bürger an der Abstimmung teil.

2. Am 11. Juni 1922 fand die Abstimmung über folgende Vorlagen statt: Gesetz betreffend Pensionierung der Geistlichen, Gesetz über die Fahrhabeversicherung, Gesetz betreffend den Schutz des Weinbaues gegen die Reblaus. — Alle drei Vorlagen wurden angenommen, die erste mit 35,725 gegen 22,644 Stimmen, die zweite mit 36,116 gegen 21,731 und die dritte mit 33,116 gegen 23,191. Gesamtzahl der Stimmenden: 63,355; Gesamtzahl der Stimmberechtigten 174,656.

3. Am 24. September wurde abgestimmt über den Entwurf zu einem Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Folgen des Konkurses und der fruchtlosen Pfändung. Die Vorlage wurde mit 60,290 gegen 43,986 Stimmen verworfen. Gesamtzahl der Stimmenden: 109,245, Gesamtzahl der Stimmberechtigten 175,459.

B. Eidgenössische Volksabstimmungen.

1. Am 11. Juni hatte sich das Schweizer Volk über folgende Vorlagen auszusprechen: Initiative betreffend das Einbürgerungswesen, Initiative betreffend Ausweisung wegen Gefährdung der Landessicherheit, Initiative betreffend Wählbarkeit der Bundesbeamten in den Nationalrat. Im Kanton Bern wurde die erste Vorlage mit 47,534 gegen 11,090 Stimmen verworfen; die zweite wurde mit 31,890 gegen 27,528 Stimmen verworfen und die dritte ebenfalls verworfen mit 35,534 gegen 23,915 Stimmen. Gesamtzahl der Stimmenden: 62,408; Gesamtzahl der Stimmberechtigten: 175,210.

2. Am 24. September 1922 kam zur Abstimmung der Entwurf zu einem Bundesgesetz betreffend Abände-

rung des Bundesstrafrechts. Für die Vorlage wurden abgegeben 51,922 Ja und 59,652 Nein. Die Gesamtzahl der Stimmenden betrug 112,793, diejenige der Stimmberechtigten 176,291.

3. Am 3. Dezember wurde dem Volke vorgelegt die Initiative betreffend Erhebung einer einmaligen Vermögensabgabe. Es wurden eingelegt 20,956 Ja und 132,345 Nein. Die Gesamtzahl der Stimmenden betrug 154,065, diejenige der Stimmberechtigten 178,535.

Abstimmungs- und Wahlangelegenheiten.

Im Jahre 1922 trat die neue Wahl- und Abstimmungsgesetzgebung mit verschiedenen Neuerungen in Kraft (Stempelung der Wahlzettel, Möglichkeit der Bewilligung besonderer Stimmzeit u. a. m.). Von der Möglichkeit der Bestellung ständiger Wahlausschüsse hat bereits eine Anzahl von Gemeinden Gebrauch gemacht; es ist zu wünschen, dass diese Einrichtung weiter Boden fasse.

Die Beteiligung bei den kantonalen Volksabstimmungen gestaltete sich wie folgt:

14. Mai	71,2 %
11. Juni	35,1 %
24. September	62,26 %

Vertretung des Kantons Bern in der Bundesversammlung.

Als *Ständeräte* wurden für die Amtsperiode vom 1. Dezember 1922 bis 30. November 1923 am 22. November gewählt: Regierungsrat Dr. C. Moser in Bern und Fürsprech P. Charmillot in St. Immer, die bisherigen.

Am 29. Oktober 1922 fand die *Gesamterneuerungswahl des Nationalrates* statt. Der Wahlkreis Kanton Bern hatte 34 Mitglieder zu wählen. Die Wahlen vollzogen sich ohne Schwierigkeiten wahltechnischer Natur. Eine Anzahl von Gemeinden reichten mangelhafte oder ungenaue Wahlprotokolle ein, was umständliche Nachrechnungen nötig machte; die daherigen Kosten wurden den Gemeinden auferlegt. Wahlbeschwerden liefen keine ein.

Acht Parteien hatten Wahlvorschläge mit insgesamt 124 Kandidaten eingereicht.

1. *Der Liste der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* fielen 17 Sitze zu. Gewählt wurden folgende Bewerber:

J. Jenny, Landwirt, in Worblaufen.
F. Joss, Gewerbesekretär, in Burgdorf.
J. Freiburghaus, Landwirt, in Spengelried.
F. Siegenthaler, Landwirt, in Trub.
R. Minger, Landwirt, in Schüpfen.
Dr. H. Tschumi, Regierungsrat, in Bern.
J. J. Hadorn, Notar, in Spiez.
O. Burger, Landwirt, in Delémont.
E. Girod, Landwirt, in Champoz.
G. Gnägi, Landwirt, in Schwadernau.
Dr. R. König, dipl. Landwirt, in Brugg.
F. Burren, Regierungsrat, in Bern.
R. Weber, Landwirt, in Grasswil.
J. Leuenberger, Fabrikant, in Huttwil.
J. G. Stähli, Parteisekretär, in Bern.
J. G. Nyffeler, Fabrikant, in Kirchberg.
A. Held, Landwirt, in Sumiswald.

2. *Der Liste der Sozialdemokratischen Partei* fielen 10 Sitze zu. Gewählt wurden:

A. Grospierre, Metallarbeitersekretär, in Bern.
R. Grimm, Gemeinderat, in Bern.
K. Ilg, Verbandspräsident, in Bern.
R. Bratschi, Generalsekretär, in Bern.
H. Blaser, Gemeinderat, in Bern.
A. Bucher, Metallarbeitersekretär, in Thun.
A. Huggler, Parteisekretär, in Bern.
O. Schneeberger, Gemeinderat, in Bern.
E. Reinhard, Sekundarlehrer, in Bern.
P. Bratschi, Lehrer, in St. Stephan.

3. *Der Liste der Freisinnig-demokratischen Partei* fielen 4 Sitze zu. Gewählt wurden:

H. Schüpbach, Fürsprech, in Thun.
E. Lohner, Regierungsrat, in Bern.
E. O. Graf, Lehrersekretär, in Bern.
A. Spychiger, Fabrikant, in Langenthal.

4. *Der Liste des Freiland-Freigeldbundes* fiel kein Sitz zu.

5. *Der Liste der Katholischen Volkspartei* fielen zwei Sitze zu. Gewählt wurden:

J. Choquard, Regierungsstatthalter, in Pruntrut.
Dr. X. Jobin, Fürsprech, in Pruntrut.

6. *Der Liste des Grütlivereins* fiel kein Sitz zu.

7. *Der Liste der Libéraux jurassiens* fiel ein Sitz zu; gewählt wurde:

P. Billieux, Bezirksanwalt, in Pruntrut.

8. *Der Liste der Kommunistischen Partei* fiel kein Sitz zu.

Grosser Rat.

In das Berichtsjahr fällt der Wechsel einer Legislaturperiode. Die ersten fünf Monate gehören noch in die 19. Verwaltungsperiode seit der Verfassungsrevision von 1846, während die folgenden sieben Monate den Anfang der 20. Verwaltungsperiode bilden.

Schluss der 19. Verwaltungsperiode.

Der Grosse Rat hielt zwei ausserordentliche Sessionen mit insgesamt 21 Sitzungen ab und behandelte folgende wichtigeren Geschäfte:

1. Geschäfte, welche der Volksabstimmung unterliegen: Gesetz über Handel und Gewerbe (erste und zweite Beratung); Gesetz über die Versicherung der Fahrhabe gegen Feuersgefahr (zweite Beratung); Gesetz betreffend Pensionierung der Geistlichen (zweite Beratung); Gesetz betreffend die öffentlich-rechtlichen Folgen des Konkurses und der fruchtlosen Pfändung (zweite Beratung); Gesetz betreffend die Vereinfachung der Bezirksverwaltung (erste und zweite Beratung); Gesetz betreffend die Viehversicherung (erste und zweite Beratung); Gesetz betreffend den Schutz des Weinbaues (erste und zweite Beratung).

2. Dekrete. Dekrete betreffend Einteilung des Staatsgebietes in Grossratswahlkreise und betreffend die Mandatzahl der Wahlkreise, Dekret betreffend die Abstimmungskreise, Dekret betreffend Ergänzung des Konkordates über den Verkehr mit Motorfahrzeugen etc., Besoldungsdekrete, Dekret betreffend römisch-katholische Kirchgemeinde Tavannes, Dekret betreffend Organisation der Gerichtsbehörden im Amtsbezirk Bern.

3. Motionen, Interpellationen und einfache Anfragen. Es wurden fünf Motionen behandelt und elf Interpellationen und einfache Anfragen beantwortet.

4. Andere Geschäfte. Als andere wichtigere Geschäfte seien erwähnt: die Bewilligung von Krediten für den Bau der landwirtschaftlichen Schule Langenthal, sowie der Obstbauschule Oeschberg.

Anfang der 20. Verwaltungsperiode.

Am 14. Mai fand die Gesamterneuerung des Grossen Rates statt — zum ersten Male nach dem Proporzverfahren und in den neuen Wahlkreisen. Zur Einführung der Wahlausschüsse in das neue Wahlverfahren waren durch die Staatskanzlei amtsbezirksweise Instruktionskurse durchgeführt worden. In 31 Wahlkreisen waren insgesamt 224 Sitze zu besetzen. Die Wahlen verliefen in Ruhe und Ordnung. Wahlbeschwerden liefen ein gegen die Wahlen in den Wahlkreisen Laufen, Wangen und Bern-Stadt, die aber wieder zurückgezogen wurden; je eine Wahlbeschwerde gegen die Wahlen in den Wahlkreisen Moutier und Ober-Simmenthal wurde durch Entscheid des Grossen Rates erledigt; beide Beschwerden wurden abgewiesen.

Im Laufe des Jahres rückte an Stelle eines erstgewählten Mitgliedes ein Ersatzmann nach im Wahlkreis Bern-Stadt.

Für das **Verwaltungsjahr 1922/23** wurden gewählt:

zum Präsidenten des Grossen Rates: Gemeinderat R. Grimm in Bern;

zu Vizepräsidenten: Landwirt F. Siegenthaler in Trub und Fürsprech E. Choulat in Pruntrut.

Für die weiteren vom Grossen Rate getroffenen Wahlen verweisen wir auf den Staatskalender.

Der Grosse Rat hielt während des in die 20. Legislaturperiode fallenden Teiles des Jahres drei Sessionen ab mit insgesamt 19 Sitzungen. Es wurden folgende wichtigeren Geschäfte behandelt:

1. Geschäfte, welche der Volksabstimmung unterliegen. Gesetz betreffend Hilfeleistung für das Inselspital (erste und zweite Beratung); Gesetz betreffend die landwirtschaftlichen Schädlinge (erste Beratung); Gesetz betreffend Errichtung einer bernischen Kreditkasse zur Beschaffung von Mitteln für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (erste Beratung).

2. Dekrete. Dekret betreffend Ausübung des Viehhandels, Dekret betreffend Übertragung der Funktionen des Gerichtspräsidenten von Nidau an den Gerichtspräsidenten von Büren, Dekret betreffend den Tarif in Strafsachen, Dekret betreffend Zuweisung von Teilen der Gemeinden Langnau und Trub an die Gemeinde Trubschachen, Dekret betreffend Lostrennung des Bezirkes Aemligen von der Einwohnergemeinde Stalden und Zuweisung an die Gemeinde Tägertschi.

3. Motionen, Interpellationen und einfache Anfragen. Es wurden acht Motionen und Postulate behandelt und 14 Interpellationen und einfache Anfragen beantwortet.

4. Von sonstigen **wichtigeren Geschäften** führen wir an: Bewilligung von Staatsbeiträgen an zahlreiche Bodenverbesserungs-, Strassen- und Wasserbauprojekte, Bewilligung von Krediten für Arbeitslosenfürsorge, Genehmigung des Beschlusses betreffend Fusion der Solothurn-Bern- und der Bern-Zollikofen-Bahn, den Beschluss betreffend Hilfeleistung für die notleidenden Viehbesitzer.

Unerledigte Geschäfte.

Auf Ende des Berichtsjahres waren unerledigt die Entwürfe zu einem Gesetz betreffend Errichtung einer Kreditkasse zur Beschaffung von Mitteln für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zu einem Gesetz betreffend die Bekämpfung der landwirtschaftlichen Schädlinge; beide Entwürfe hatten zu Ende des Berichtsjahres die erste Beratung bestanden.

Regierungsrat.

Regierungspräsident war bis und mit dem 31. Mai Armendirektor Burren, das Vizepräsidium lag bei Finanzdirektor Dr. Volmar. Für das neue Verwaltungsjahr wurden Finanzdirektor Dr. Volmar zum Regierungspräsidenten und Justizdirektor Lohner zum Vizepräsidenten des Regierungsrates gewählt.

Auch dem Jahre 1922 muss mit der Bezeichnung «Nachkriegsjahr» der Stempel einer anormalen, sorgenschaffenden Periode aufgedrückt werden. Schwere Lasten brachte dem Staatswesen immer noch der nicht zu umgehende Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Der unbefriedigende Ausfall der landwirtschaftlichen Jahreserträgnisse machte ein teilweises Eingreifen auch zugunsten der landwirtschaftlichen Bevölkerung nötig, während der Rückgang des Eisenbahnbetriebes neuerdings die schwierige Lage der Dekretsbahnen und namentlich der bernischen Alpenbahn in trübes Licht treten liess. In 129 Sitzungen behandelte die Behörde 8922 Geschäfte (1921: 127 Sitzungen mit 10,526 Geschäften).

Bezirksbeamte.

Am 11. Juni 1922 fanden die Neuwahlen der Bezirksbeamten statt, die für die meisten Amtsstellen in einer Bestätigung der bisherigen Inhaber bestand. Im Amt Wangen kam es infolge des Verzichtes des bisherigen Regierungsstatthalters zu der Vereinigung dieser Stelle mit dem Amte des Gerichtspräsidenten. Am 11. Juni wurden auch die Amtsrichter und Amtsgerichtsersatzmänner, sowie die kantonalen Geschworenen neu gewählt. Gegen die Wahlen der Amtsrichter und Amtsgerichtsersatzmänner des Amtsbezirkes Pruntrut lief eine Beschwerde ein, über welche vom Grossen Rate am 15. November 1922 entschieden wurde; gegen den bezüglichen Beschluss wurde aber beim Bundesgericht staatsrechtliche Beschwerde eingereicht, die im Berichtsjahr nicht mehr erledigt wurde.

Nach der Gesamterneuerung wurden im Berichtsjahre noch neu besetzt die Gerichtspräsidentenstelle von Erlach.

Staatskanzlei.

Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben folgende Ziffern Auskunft:

Von der Kanzlei an die Direktionen überwiesene Geschäfte	4,525
Überweisungen an den Grossen Rat	429
Ausführung von Drucksachenbestellungen	3,526
Legalisationen	23,960
Publikationen im deutschen Amtsblatt	840

Die *französische Abteilung* der Staatskanzlei bearbeitete 2630 Geschäfte und erliess die nötigen Publikationen im französischen Amtsblatt.

Staatsarchiv.

Abgesehen von Kauf- und Dienstbarkeitsverträgen und ähnlichen Urkunden des Staates, wie solche alljährlich dem Staatsarchiv zur Aufbewahrung überwiesen werden, langten nur wenige handschriftliche Materialien von Direktionen ein. Die Finanzdirektion lieferte eine Reihe von Staatsrechnungen bis 1890 ab, ferner eine Gruppe von Domänenakten. Von der Kirchendirektion wurden die Jahrgänge 1893—1900 ihrer Akten übernommen, von der Gemeindedirektion eine Spezialsammlung von Akten betreffend Schallenberg. Die Militärdirektion übergab dem Archiv die kantonale Militärbibliothek mit rund 3500 Nummern. Die Bezirksarchive von Münster und Oberhasli erfuhren eine gründliche Entlastung.

Die letztes Jahr angebrachte Bemerkung, dass verschiedene Amtsstellen, Staatsanstalten oder Unternehmungen mit Staatsbeteiligung es unterlassen, ihre Jahresberichte oder sonstigen Veröffentlichungen an das Staatsarchiv einzusenden, muss wiederholt werden.

Der Regierungsrat bewilligte die Anschaffung von zwölf Exemplaren der Aktensammlung zur Geschichte der Berner Reformation (1521—1532), sowie die Erwerbung des Scharnachtal-Zins- und Rechnungsbuches (1455—1511) aus dem einstigen Schlossarchiv Oberhofen-Spiez, da es sich um eine wichtige Quelle handelte. Professor Dr. Singer schenkte dem Staatsarchiv einen Brief Albrecht Hallers vom 8. Februar 1750 an den Medizinprofessor Ludwig in Leipzig. Eine erfreuliche Zahl von Bücherschenkungen aus dem In- und Auslande wird hier nur summarisch, doch mit bestem Dank erwähnt.

Anderseits wurden auf Empfehlung der Commission de Coopération intellectuelle beim Völkerbund mehrere bernische Werke (Fontes, Stadtrecht, Stadtrechnungen etc.) der polnischen Akademie der Wissenschaften geschenkt; beigefügt wurden zuhanden der Polytechniken von Warschau und Lemberg die Berichte über die Schweizerische Landesausstellung in Bern 1914. Die letztere Sammlung wurde auch der Handelsabteilung der Gesandtschaft von Tschechoslowakien zugewendet.

Neben den laufenden Geschäften stellte die Sichtung der im Berichtsjahr und schon früher eingelangten Materialien aus Bezirksarchiven ein grosses Stück Arbeit dar.

Daneben wurden auch sonstige notwendige Revisions- und Instandsetzungsarbeiten ausgeführt. Im ehemaligen fürstbischöflich-baselschen Archiv wurden von der geistlichen Abteilung die Sektionen Confraternitates, Consecrationes et Benedictiones, von der weltlichen die Akten der gemeinen Lehen von Delsberg, Münster, Freibergen und Neuenstadt, ferner einige Sektionen der adeligen Lehen und namentlich die Praestanda und die Matrikel der Landstände neu geordnet, alles für die jurassische Geschichte sehr wichtige und meist umfangreiche Materialien. Diejenigen des Chorherrenstiftes Münster-Granfelden, welche seinerzeit durch Revolution und Krieg stark gelitten haben, befanden sich auf Jahresschluss noch in Arbeit.

An Registraturarbeiten sind zu nennen: die Weiterführung des Generalregisters der Grossratsverhandlungen, verbunden mit einer Revision der Akten dieser Behörde, die Verbesserung und Ergänzung des Registers über die sogenannten «Unnützen Papiere», die Neuanlage der Inventarien des Planarchivs.

Der Kürze wegen wird auf statistische Angaben über Besucherzahl, Ausleiheverkehr, Erstattung von Berichten, schriftliche Auskunfterteilung etc. verzichtet. Nur soviel sei gesagt, dass der vielgestaltige Betrieb des Staatsarchivs von der Landplage der Arbeitslosigkeit nicht im geringsten heimgesucht worden ist.

Was die Drucklegung der seit Jahren gesammelten Materialien für den 10. und 11. Band des bernischen Urkundenwerkes anbetrifft, so wird diese Frage erst spruchreif, wenn die Reorganisation des ehemaligen fürstbischöflich-baselschen Archivs beendigt sein wird. Dies wird nicht mehr lange dauern. Erst dann wird sich entscheiden lassen, ob die von Trouillat und Vautrey für die Monuments de l'histoire de l'ancien Evêché de Bâle nicht benützten Urkunden besonders herauszugeben oder in die Fontes Rerum Bernensium einzureihen seien. Dann erst wird auch ein Plan für den Ausbau der genannten Monuments über das Jahr 1500 hinaus sich aufstellen lassen. Dass bei all diesen Dingen die Finanzlage des Kantons ebenfalls wesentlich in Betracht fällt, dürfte auch den nach der Fortsetzung der beiden Urkundenwerke rufenden Historikern nicht unverständlich sein. Im übrigen erscheint gegenwärtig unter staatlicher Obsorge (Regierung, Synodalrat, Hochschule) die Aktensammlung zur Geschichte der Berner Reformation, so dass auch in diesen schwierigen Zeiten die Geschichtsforschung die verdiente Förderung erfährt.

Bern, den 15. Februar 1923.

Der Regierungspräsident:
Volmar.

Vom Regierungsrat genehmigt am 6. März 1923.

Test. Der Staatsschreiber: **Rudolf.**